

Die Angst Deutschlands vor Frieden

1 Mai 2025 06:00 Uhr

Deutsche Politik verfällt in Panik. In der Ukraine droht Friede. Putin hat einen dreitägigen Waffenstillstand angekündigt, mit der Option auf Verlängerung. In Deutschland setzt man weiter alles daran, eine Lösung des Konflikts zu verhindern und hält am Ziel des Siegs über Russland fest.



Quelle: www.globallookpress.com © IMAGO/Michael Bihlmayer

Die Aussicht auf Frieden treibt den Vertretern der etablierten Parteien den Angstschweiß auf die Stirn. Sie wollen keinen Frieden, sie wollen einen endlosen Krieg.

Von Gert Ewen Ungar

Putin hat eine dreitägige humanitäre Waffenruhe angekündigt. Sie könnte, wenn man es denn wollte, Ausgangspunkt für Gespräche sein, die zu einer Verlängerung führen, führte der ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, aus.

"Wir rechnen damit, dass die Ukraine unserem Beispiel folgt", sagte er in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats am Dienstag. "Dieser Schritt könnte das Vorspiel zu direkten Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine ohne Vorbedingungen sein."

Putin hat nach einem Gespräch mit dem US-Sondergesandten Witkoff erklärt, man sei grundsätzlich zu direkten Gesprächen mit der Ukraine bereit. Alles, was die USA und Russland in dieser Sache unternehmen, deutet in Richtung Beendigung des Konflikts. Dieser Wille zum Frieden wird allerdings durch die Westeuropäer und auch von Deutschland unterwandert – man ist zum Frieden nicht bereit.

Den Vertretern der etablierten Parteien und den an sie angeschlossenen Medien treibt ein möglicher Friedensschluss in der Ukraine den Angstschweiß auf die Stirn. Das ist die bittere Wahrheit über

Deutschland, 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und 35 Jahre nach der Wiedervereinigung. Deutschland will Krieg – nicht jeder Deutsche sicherlich, aber deutsche Politik will ihn.

Selenskij lehnt eine dreitägige Waffenruhe ab und fordert stattdessen einen dreißigtägige Waffenruhe. Dafür bekommt er aus den etablierten Parteien Applaus, denn es ist klar, dass diese Forderung angesichts der zahllosen ukrainischen Verstöße bei den letzten von Russland angebotenen Waffenruhen unrealistisch ist. Die deutsche Haltung ist: Wenn man keine dreißig Tage Waffenruhe haben kann, dann wollen wir auch keine drei Tage. Trotziger Hass, ausgelebt auf Kindergarteniveau.

Vehement zurückgewiesen wird von den etablierten Parteien auch die Forderung der USA, die Ukraine müsse Bereitschaft zur Aufgabe von Territorien zeigen. Dabei ist dies der Weg zu einem nachhaltigen, dauerhaften Frieden. Die Ukraine bleibt der Weg in die NATO verwehrt, der klar erkennbare Wunsch der Menschen im Osten der Ukraine und auf der Krim, nicht Teil der Ukraine, sondern Russlands sein zu wollen, wird international anerkannt. Damit sind die Ursachen für den Konflikt eliminiert. Die ganz große Koalition aus SPD, CDU, der Reste-FDP, der Grünen und Linken sagt dazu "nein". Sie wollen den Konflikt nicht lösen, sie wollen am Kriegsgrund festhalten.

Die vorausgegangenen Lösungsvorschläge wie Minsk 2 wurden von Berlin sabotiert, weil man dachte, man sei der Stärke in diesem geopolitischen Spiel. Inzwischen hat sich die Situation der Ukraine deutlich verschlechtert. Die Alternative zu Verhandlungen mit Russland ist die bedingungslose Kapitulation der Ukraine. In Deutschland glaubt man aber einer alten Gewohnheit folgend trotz der desaströsen wirtschaftlichen und militärischen Lage der Ukraine weiter an deren Endsieg. Politikern und vermeintlichen Experten, die das glauben, ist in ihrem Wahn nicht mehr zu helfen. Sie gibt es in der Bundesrepublik in großer Zahl.

Im offiziellen Berlin wird die rationale und inzwischen wohl einzig gangbare Lösung als "Diktatfrieden" bezeichnet. Es gilt, diesen "Diktatfrieden" durch immer weitere Waffenlieferungen zu verhindern. Durch sie soll die Ukraine in den Stand versetzt werden, aus einer "Position der Stärke" mit Russland zu verhandeln. Es ist eine mehrere Jahrhunderte alte Obsession Deutschlands in seiner jeweiligen historischen Ausprägung, über Russland siegen zu müssen. Eine Art kollektiver Zwang und Determinismus, dem die deutschen Eliten auch heute noch unterliegen, in dem sich ihre ganz spezifische Form geistiger Unfreiheit ausdrückt.

Die Bundesrepublik fällt 35 Jahre nach der Wiedervereinigung, die sie vor allem der Sowjetunion und Russland verdankt, in alte Verhaltensmuster zurück. In Muster, von denen Deutschland stets behauptet hat, sie seien überwunden, weil man aus der eigenen Geschichte gelernt habe. Das hat man offensichtlich nicht, denn nun ist alles wieder da, dem man über Jahrzehnte abgeschworen hat: Zensur und Abschottung des Informationsraums, staatlich gelenkter Feindbildaufbau, der angeblich die Militarisierung des Landes zwingend notwendig macht. Konfliktlösung auf diplomatischem Weg und das Eingehen von Kompromissen werden abgelehnt, friedenspolitische Positionen werden öffentlich diffamiert. Deutschland muss wieder siegen oder eben wieder untergehen, ist die Devise.

Deutschland hat wieder Angst vor Frieden, ist die bittere Erkenntnis, die von Aussagen deutscher Politiker gestützt wird. Der designierte deutsche Außenminister Johann Wadephul sagt es ganz offen:

"Russland wird immer ein Feind von uns bleiben."

Das ist angesichts dessen, was Deutschland Russland verdankt, mehr als bizarr. Es ist geradezu krank. Im Auswärtigen Amt weht künftig der Wind von 1914 – man hat wieder Erzfeinde. Dieser verbalen

Aggressivität entspricht übrigens in Russland nichts. Man sieht in der BRD nicht den Feind. Der russische Blick auf Deutschland ist eher bedauernd, mitfühlend: Das Land richtet sich selbst zugrunde – schade; und so sinnlos.

Trotz der aggressiven Rhetorik sieht man in Russland in Wadepful dennoch eine Verbesserung gegenüber Baerbock. Er habe immerhin Umgangsformen, heißt es. In Moskau wertet man es schon als einen Beitrag zur Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen, wenn der deutsche Außenminister in der Lage ist, mit Messer und Gabel zu essen. Auf diesem Niveau ist das politische Berlin angelangt.

Der wohl künftige Kanzler Friedrich Merz lehnt eine Vermittlerrolle der BRD in dem Konflikt explizit ab. Auch er erteilt der Diplomatie eine Absage und positioniert sich wie schon die Vorgängerregierung bedingungslos und in Nibelungentreue an der Seite der Ukraine. Das kann alles nur schiefgehen. Zum Wohle Europas und der Welt muss es schiefgehen.

Für den Russenhasser aus Profession und ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck ist ein gerechter Friede nur dann gegeben, wenn Russland nicht erhält, was es will.

"Ich sehe die Chance auf ein Ende dieses Krieges – aber nicht notwendigerweise auf ein gerechtes Ende. Denn es wird kein Frieden sein, wenn Russland das bekommt, was es mit Gewalt erzwingen will", sagte er.

Russland will in diesem Konflikt, der auf die beim NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 erfolgte Einladung an die Ukraine zum Beitritt zurückgeht, seine ureigensten Sicherheitsinteressen durchsetzen. Mehr nicht. Herrenmensch Gauck lässt wissen, Russland hat kein Anrecht auf Sicherheit.

Damit ist die geistige Armut der deutschen Position komplett umrissen. Russland hat sich den deutschen Vorgaben zu beugen. Es geht nicht um Lösungen, sondern um Macht. Man möchte der Russischen Föderation einen Versailler Vertrag aufzwingen. Man möchte das dann trotz eigener negativer historischer Erfahrung zum "gerechten Frieden" verklären. Deutschland will keinen Frieden. Die etablierte Politik sehnt sich danach, zu erniedrigen.

Dass dem so ist, macht auch der Umgang mit den Gedenkfeiern zum Sieg über den Hitlerfaschismus deutlich. Die Ausladung russischer Vertreter unter Androhung von Rausschmiss, sollten sie doch auftauchen, ist Ausdruck ganz primitiver Gefühle, die im Auswärtigen Amt gegenüber Russland vorherrschen. Es ist rein destruktiv. Ein Ausdruck von Durst nach Rache sowie mangelnder Selbstbeherrschung und intellektuellen Unvermögens, in Zusammenhängen zu denken. Eine der Erinnyen hat im Auswärtigen Amt die Führung übernommen.

Deutschland positioniert sich erneut auf der Seite von Krieg und Zerstörung. Seine Chance zu beweisen, dass die deutschen Eliten in der Lage sind, aus der Geschichte zu lernen, hat das Land vertan. Die Frage, die sich auftut, ist aber die Frage, welchen Umgang fordert ein Land ein, das wiederholt bewiesen hat, dass es zu Frieden und Freiheit nicht in der Lage ist? Was macht man mit einem Deutschland, das sich vor Frieden fürchtet? Auf diese Frage wird die internationale Gemeinschaft auch im Rahmen der Lösung des Ukraine-Konflikts eine Antwort finden müssen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

